

Angeklagte begibt sich in Psychiatrie

Am Haus des Ex-Manns gezündelt

VON ANGELIKA SIEPMANN

Verden/Barnstorf. Am zweiten Verhandlungstag ist der Prozess gegen eine 43-Jährige, die das Haus ihres Ex-Mannes anzünden wollte, am Verdener Landgericht ins Stocken geraten: Die Angeklagte befindet sich seit Sonntag in einem psychiatrischen Krankenhaus. Die Staatsanwaltschaft wirft ihr versuchten Mord in Verbindung mit versuchter schwerer Brandstiftung vor. Zur Tatzeit soll die Angeklagte vor knapp einem Jahr in Barnstorf (Landkreis Diepholz) erheblich alkoholisiert gewesen sein. Sie soll am und vor dem Haus des getrennt lebenden Ehemanns Benzin vergossen und „gezündelt“ haben. Der Ex-Mann und dessen Mutter konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Die Angeklagte soll wiederholt Suizidabsichten geäußert haben, so auch am Rande des Verhandlungsauftritts Ende voriger Woche, wie der Vorsitzende der Schwurgerichtskammer bestätigte. Erstaunlich sei aber, so der Richter, dass die Frau angeblich am Freitag in der Bremer Klinik abgewiesen worden sei.

Die Kammer beauftragte den psychiatrischen Sachverständigen, der den Prozess begleitet, kurzfristig ein Gutachten zur Frage der Verhandlungsfähigkeit zu erstellen. Laut Verteidigerin hatte ihre Mandantin das Krankenhaus, wie angekündigt, schon am Freitag aufgesucht, sei aber weggeschickt worden. Der Vorsitzende äußerte Zweifel: Bei einer „glaubhaft dargelegten“ Suizidalität wäre die Frau aufgenommen worden. Schon im Zwischenverfahren habe sie gesagt, sie wolle sich in die Psychiatrie begeben, dies aber nicht getan.

SCHUTZ DER DEICHE

Wolfsrisse: Umweltminister sieht Handlungsbedarf

Hannover. Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) sieht angesichts von Wolfsrisen an Deichen Handlungsbedarf – will aber auf Regelungen auf Bundes- und EU-Ebene warten. Wenn es in einer Region trotz guter Schutzmaßnahmen viele Risse gebe, müsse es möglich sein, dort Wölfe zu schießen, sagte der Grünen-Politiker der „Braunschweiger Zeitung“. „Dafür brauchen wir aber die Feststellung des günstigen Erhaltungszustandes von Bund und EU. Ziel muss ja sein, die Nutztiere zu vermindern und den Artenschutz zu gewährleisten“, betonte Meyer. Es gehe darum, Wölfe in Problemregionen für eine befristete Zeit zu schießen, um Schäden und Risse zu minimieren. Am Sonnabend hatten rund 3000 Menschen im ostfriesischen Aurich für einen restriktiveren Umgang mit den Tieren demonstriert. DPA

SPORTFLUGZEUG

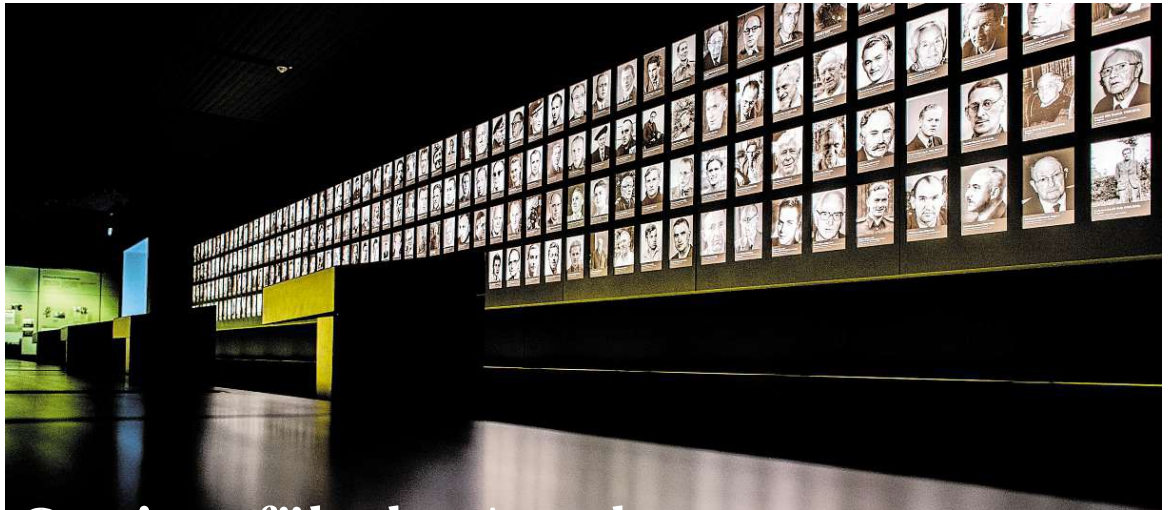
Flugschülerin nach Absturz schwer verletzt

Lüneburg. Eine Flugschülerin ist am Montag mit ihrem Sportflugzeug in Lüneburg abgestürzt und dabei schwer verletzt worden. Die 34-jährige Frau sei über einem Kasernengelände an einen Baum geprallt und musste aus der Ultraleichtmaschine befreit werden, wie eine Polizeisprecherin sagte. Es bestehe nach derzeitigen Informationen aber keine Lebensgefahr. Zunächst hatte die „Landeszeitung“ berichtet. Laut Polizei handelt es sich um eine Flugschülerin vom nahe gelegenen Flugplatz. Der Polizeisprecherin zufolge saß die Frau allein in der Maschine und wurde per Funk von einem Fluglehrer begleitet. Ursache für den Absturz könnte ein Flugfehler der Pilotin gewesen sein. Vom Luftfahrt Bundesamt (LBA) werde aber auch in Richtung eines möglichen technischen Defekts ermittelt. DPA

GROSSBRAND

150 Einsatzkräfte löschen Feuer auf Deponiegelände

Braunschweig. Ein Großaufgebot der Feuerwehr ist am Montag in Braunschweig zu einem Feuer auf dem Gelände eines Entsorgungunternehmens ausgerückt. Rund 150 Einsatzkräfte waren in der Spitze bei dem Brand im Einsatz, der laut Feuerwehr schnell eingedämmt wurde. Elf Mitarbeiter des Unternehmens waren als erste gegen die Flammen vorgegangen, drei von ihnen mussten anschließend mit dem Verdacht auf Rauchgasvergiftungen ins Krankenhaus gebracht werden. Verpackungsmüll war nach derzeitigen Erkenntnissen unter einer Stahldachkonstruktion in Brand geraten. DPA



Streit gefährdet Ansehen von NS-Gedenkstätte

Zwischen 1933 und 1945 kamen mehr als 20.000 Menschen in den Emslandlagern um. An die Häftlinge, die überlebt haben, erinnern zahlreiche Bilder.

FOTOS: HAUKE-CHRISTIAN DITTRICH/DPA

VON ELMAR STEPHAN

Esterwegen. Eine wichtige Einrichtung zur Vermittlung der NS-Geschichte droht Schaden zu nehmen: Hinter den Kulissen der 2011 eröffneten NS-Gedenkstätte Esterwegen im nördlichen Emsland ist ein Streit um die Mitarbeit des Aktionskomitees für ein Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Emslandlager entbrannt.

Die kurzfristige Kündigung eines Büros des DIZ in der Gedenkstätte löste eine erregte Reaktion des Aktionskomitees aus. „Mit diesem bundesweit einmaligen Akt geht die Stiftung unter dem Vorsitz des Landrats des Landkreises Emsland, Marc-André Burgdorf, mit aller Härte gegen das bürgerschaftlich getragene DIZ vor und gefährdet so bewusst seine Existenz“, schrieb der Vorsitzende des DIZ, Hanno Knoch, in einer Pressemitteilung.

Beim Landkreis Emsland, dem Träger der Stiftung Gedenkstätte Esterwegen, ist die Irritation über die heftige Wortwahl groß. Die Reaktion sei unverhältnismäßig, teilte Burg-

dorf mit. Der CDU-Politiker sieht darin Fehldarstellungen und Verzerrungen, die die Gedenkstätte Esterwegen und ihre gute Arbeit beschädigen sollen.

Die Vorgeschichte dieses Streits reicht Jahrzehnte zurück. Er könnte nicht nur die Gedenkstätte beschädigen, sondern alle Beteiligten, selbst die Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten (SNG), fürchtet SNG-Geschäftsführerin Elke Gryglewski.

20.000 Todesopfer

Die vom Landkreis betriebene Gedenkstätte erinnert an die Geschichte der berüchtigten Emslandlager, die der NS-Staat zwischen 1933 und 1945 betrieb. Mehr als 20.000 Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern kamen in diesen Lagern um. Im Lager Börgermoor entstand 1933 das berühmte Lied von den „Moorsoldaten“. Prominentes Opfer der Lager war der Friedensnobelpreisträger von 1936, Carl von Ossietzky.

Es war das Verdienst des DIZ, diese und andere Details der Geschichte der Emslandlager über Jahrzehnte hinweg gesammelt

und aufgearbeitet zu haben. Und dass, obwohl die Erinnerung an die blutige NS-Vergangenheit und das Gedenken an die Opfer über lange Zeit im Emsland nicht populär war. Als in den 1960er Jahren zwei junge Lokaljournalisten, Hermann Vinke und Gerhard Kromschroder, das Thema aufgriffen, verloren sie am Ende ihre Jobs bei der Lokalzeitung in Papenburg.

In der Folge gründete sich das Aktionskomitee DIZ Emslandlager, das seit den 1980er Jahren Zeugnisse und Dokumente sammelte, sowie den Kontakt mit Überlebenden und Angehörigen gesucht und gepflegt hat. Hier wurde Grundlagenarbeit geleistet, trotz Widerstands aus der konservativ geprägten emsländischen Politik.

DIZ-Vorsitzender Knoch verweist darauf, dass schon 1993 eine hauptamtliche Stelle des DIZ von der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten finanziert wurde. Das Aktionskomitee DIZ Emslandlager versuchte damals vergeblich, eine Gedenkstätte auf dem Gelände des früheren Lagers Esterwegen einzurichten.

Eröffnung im Jahr 2011

Die Politik im Emsland nahm sich des Themas einer Gedenkstätte erst relativ spät an, sorgte aber letztlich doch dafür, dass eine solche Einrichtung gegründet wurde. Als 2011 die Gedenkstätte eröffnete, machte der damalige Landrat Hermann Bröring (CDU) dem DIZ das Angebot, an der Gedenkstätte mitarbeiten zu können. Das DIZ zog mit seinem Archiv auf das Gelände der Gedenkstätte – ein alter Graben schien überwinden.

Nun zeigt sich: Wirklich zusammengefügten haben beide Akteure in den vergangenen Jahren wohl nicht. Der Landkreis und die Stiftung der Gedenkstätte klagen über Doppelstrukturen. So gibt es inzwischen zwei Archive: das des DIZ – unverzichtbar für die Erforschung der Geschichte der Ems-

landlager – und das Archiv des Landkreises.

Stiftung Gedenkstätte Esterwegen verfolgt seit geraumer Zeit das Vorhaben, das DIZ nicht mehr eigenständig auf dem Gelände der Gedenkstätte arbeiten zu lassen, sagt Knoch, der als Professor an der Universität zu Köln Neuere Geschichte lehrt. Er wirft dem Landkreis und der Stiftung vor, alles übernehmen zu wollen. Der Landkreis weist den Vorwurf zurück.

Hoffen auf konstruktive Lösung

Die Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten sieht die Entwicklung in Esterwegen mit Besorgnis. „Für uns sind Positionen auf beiden Seiten nachvollziehbar und legitim. Einseitige Schuldzuweisungen halten wir nicht für produktiv“, erklärte Geschäftsführerin Gryglewski. Sie hoffe, dass Gespräche noch zu einer konstruktiven Lösung führen.

Auch die Journalisten Vinke und Kromschroder haben sich in dem Streit zu Wort gemeldet. Beide Seiten sollten schnell an den Verhandlungstisch zurückkehren, schreiben beide in einer Stellungnahme. Die Gedenkstätte in der heutigen Form sei ein Leuchtturm: „Seinem Erhalt sollten sich alle Beteiligten verpflichtet fühlen, statt ihn zu beschädigen.“

Unterstützung für das DIZ

Die umstrittene Kündigung eines Büros für das Aktionskomitee für ein Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ) hat ein bundesweites Echo ausgelöst. Innerhalb weniger Tage hätten mehr als 700 Angehörige von Verfolgten, zahlreiche Opferverbände und Organisationen, Politiker und viele Einzelpersonen einen Unterstützeraufruf unterzeichnet, teilte am Montag der erste Vorsitzende des DIZ, Hanno Knoch, mit. Die Unterstützung reiche damit weit über die mehr als 300 Mitglieder des DIZ hinaus. DPA



Die in Rechtecken gepflanzten Büsche erinnern in Esterwegen an die ehemaligen Baracken des Konzentrationslagers.

Kleine Schritte gegen den Lehrermangel

Kultusministerin will gemeinsam mit Verbänden die Unterrichtsversorgung verbessern

VON PETER MŁODOCH

Hannover. Da gibt jemand erfolgreich Mathematik für Studenten an einer niedersächsischen Universität. Doch an einer niedersächsischen Schule darf er nicht Mathematik unterrichten. Denn ohne das entsprechende studierte Fach kann er dafür nicht Lehrer werden, schon gar nicht als Beamter. „Wir haben immer wieder Menschen, die einen Lehrauftrag an Universitäten haben, der aber nicht als Studienleistung anerkannt wird. Sie müssen das dann nachstudieren, was sie längst schon unterrichten“, beklagt Niedersachsens Kultusministerin Julia Wille Hamburg (Grüne). Gemeinsam mit Lehrerverbänden, Elternvertretern, Kommunen und Unternehmen sucht sie nach Lösungen für solche und andere Probleme.

„Dialogforum zur Lehrkräftegewinnung“ nennt sich das Format offiziell, zu dessen zweiter Runde sich 107 Teilnehmer am Montag in der integrierten Gesamtschule Langenhagen zusammengefunden haben. Vor allem die Entlastung von Lehrkräften steht im Mittelpunkt – durch zusätzliches Unter-

stützungspersonal, durch veränderte Leistungsbewertungen und Prüfungsformate in den verschiedenen Schulstufen, durch mehr digitalen Unterricht.

Konkrete Ergebnisse kann und mag die Ministerin während einer Sitzungspause noch nicht präsentieren. In vielen Punkten seien sich die Beteiligten zwar beim Ziel weitgehend einig. „Aber bei der Umsetzung steckt der Teufel ja immer im Detail.“ Beispiel Besoldung: Dass ab 2024 auch Grund-, Haupt- und Realschullehrer A13 erhalten sollen, gilt als ausgemachte Sache. Ob es aber sofort der volle Aufschlag wird, muss erst noch auf der Haushaltsklausur der rot-grünen Landesregierung Anfang Juli entschieden werden. Dort steht dann auch die umstrittene Frage zur Debatte, ob das Abstandsgebot zur Bezahlung von Gymnasiallehrern bestehen bleiben muss.

Nach den Sommerferien geht es in den Arbeitsgruppen dann auch um ein besseres Gesundheitsmanagement für überlastete Lehrkräfte. „Wir haben durchaus auch Fälle von Burn-out an den Schulen“, berichtet Hamburg.

Zudem soll die Anerkennung ausländischer Abschlüsse beschleunigt sowie Einstellungsverfahren verbessert werden. Dies soll einzelnen Schulen helfen, selbst nach Personal zu suchen. „Nicht alle Schulen wissen, welche Möglichkeiten es gibt“, so Hamburg.



Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse soll beschleunigt werden.

Tierquälerei: 57-Jähriger verurteilt

Osnabrück/Rahden. Wegen des Transports eines verletzten Rindes hat das Landgericht Osnabrück am Montag ein Urteil des Amtsgerichts Bad Iburg gegen einen Viehhändler bestätigt. Der 57-Jährige aus dem ostwestfälischen Rahden muss demzufolge 35 Tagesstrafe zu je 70 Euro zahlen. Er hatte am 31. August 2018 einen Jungbullen aus Diepenau (Landkreis Nienburg) zu einem inzwischen geschlossenen Schlachthof in Bad Iburg bei Osnabrück transportiert. Nach Überzeugung des Gerichts war das Tier schon beim Aufladen nicht transportfähig. Dem Tier sei ein länger anhaltendes Leiden zugefügt worden. Der Verteidiger beantragte Freispruch, weil es keinen Nachweis gab, dass das Tier bei der Abfahrt vom Bauernhof nicht transportfähig war. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Die Anklage des Rindes auf dem Schlachthof flimte damals die Tierrechtsorganisation „Soko Tierschutz“ heimlich. Die Organisation dokumentierte viele Tierrechtsverstöße, die zu zahlreichen Strafverfahren führten. Der Landkreis Osnabrück schloss den Schlachthof 2018. DPA